NATURSCHUTZ PANORAMA

Hubert Weinzierl, 1935-2025. (Foto: BN)

PERSÖNLICHES

Abschied von einer Leitgestalt des Naturschutzes

Hubert Weinzierl, 1935 geboren, in Ingolstadt aufgewachsen, war bei Aufnahme des Studiums der Forstwirtschaft und Eintritt in den Bund Naturschutz siebzehn Jahre alt. „Der Auwald in Ingolstadt und der Granit des Bayerischen Waldes, das waren die beiden Pole meiner Kindheit“, bekannte Weinzierl. Zeitlebens blieb er den Donauauen und den bewaldeten Höhen von Rachel und Lusen verbunden. Schloss und Forsthaus Wiesenfelden im vorderen Bayerischen Wald waren seine Kraftquelle bis zuletzt. Am 16. Juni 2025 ist Hubert Weinzierl im Alter von 89 Jahren in Wiesenfelden verstorben. Er war Wegbereiter in einer Epoche des aufkeimenden Bewusstseins für die Bewahrung der Natur bis hin zur prinzipiellen, wenngleich nach wie vor unzureichenden Integration der Ziele des Naturschutzes in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

1964 wurde er in das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings, DNR, gewählt. Über dessen Präsidenten Bernhard Grzimek (1909-1987) kam Weinzierl in Kontakt mit dem Verhaltensforscher Konrad Lorenz (1903-1989) und dem Wissenschaftsjournalisten Horst Stern (1922-2019), die ihn berieten und unterstützten. Auf einer Reise mit dem mehr als 25 Jahre älteren Bernhard Grzimek in die Serengeti platzierte Weinzierl die Idee zur Gründung eines Nationalparks im Bayerischen Wald – der nach Jahren stiller Vorbereitung 1970 eröffnet wurde. Ein Jahr zuvor war er zum Vorsitzenden des Bund Naturschutz gewählt worden und blieb es 33 Jahre lang. In dieser Zeit wandelte sich der Verein zu einer mitgliederstarken Umweltvereinigung mit 160.000 Mitgliedern. Von 1965 bis 1972 war Weinzierl überdies ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter der Regierung von Niederbayern.

1972 formierte sich auf Einladung Weinzierls die *Gruppe Ökologie*, ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Naturschützern und Publizisten, die zur programmatischen Entwicklung des Naturschutzes beitrug. 1975 gehörte Hubert Weinzierl zu den Gründern des heutigen Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND. Von 1983 bis 1998 war er dessen Vorsitzender.

Weinzierl missfiel die etablierte Jagdpolitik, 1988 war er Mitinitiator des Ökologischen Jagdvereins Bayern. Sein Name ist verbunden mit dem Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl, die WAA Wackersdorf und den Ausbau der Donau. Stark machte er sich für die Wiederansiedlung von Biber, Luchs und Wildkatze.

Weinzierl war von 2000 bis 2012 Präsident des DNR, von 2001 bis 2013 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, von 2003 bis 2013 Mitglied im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, DBU, davon ab März 2005 als Vorsitzender. 2006 gründete er mit seiner Frau die *Beate und Hubert Weinzierl Stiftung*, deren Ziele unter anderen der Umwelt- und Naturschutz und die Unterstützung des Umweltzentrums Schloss Wiesenfelden sind. Enttäuschungen blieben dem mit vielen Ehrungen ausgezeichneten Hubert Weinzierl nicht erspart. Den BUND verließ er mit deutlicher Kritik. „Es darf nicht sein, dass wir Herzstücke unserer Heimat preisgeben, die wir zuvor jahrzehntelang verteidigt haben“, resümierte er. Das verband ihn mit der Zeitschrift *Nationalpark*, die er mitbegründete, und mit dem Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität, dessen Ehrenpräsident er war. Für Weinzierl war, wie er bekannte, Naturschutz eine Frage der Liebe; er selbst bezeichnete sich als einen „pathologischen Optimisten“.

Über all das hinaus schrieb Weinzierl Gedichte, die von seiner tief empfundenen Achtung vor der Schöpfung zeugen. Mit ihm verliert der Naturschutz einen Menschen klarer Worte, behutsamer Rede und leiser Töne – eine Leitgestalt in einer mehr und mehr vorbildlosen Zeit.

Herbert Zucchi geehrt

Die Auszeichnung 2025 des Landschaftsverbandes Osnabrücker Land e. V. geht an unser langjähriges Redaktionsmitglied Prof. em. Dr. Herbert Zucchi. In der Begründung heißt es, „Herbert Zucchi engagiert sich von Jugend an im Naturschutz und ist Autor zahlreicher fach- und popu-

Herbert Zucchi bei der Preisverleihung am 24. Juni 2025. (Foto: Angela von Brill)

lärwissenschaftlicher Artikel und Bücher. Ihn zeichnen Leidenschaft und enormes Wissen aus. Weit über sein Hochschulamt hinaus hat er sich stets im hohen Maße ehrenamtlich für die Natur und den Menschen engagiert."

Zum Tod von Lebrecht Jeschke

Lebrecht Jeschke, 1933-2025. (Foto: Archiv)

Er war eine Institution. Fast sieben Jahrzehnte hat er mit Herz und Verstand für den Schutz von Natur und Landschaft in seiner Wahlheimat Mecklenburg-Vorpommern gekämpft. Lebrecht Jeschke gilt als Vater des Nationalparks Jasmund und war der Insel Rügen seit seinem ersten Besuch 1952 eng verbunden. Am 15. Juli 2025 hat Lebrecht Jeschke im Alter von 92 Jahren die Augen für immer geschlossen.

1933 auf elterlichem Bauernhof im deutsch-polnischen Eichdorf geboren, wurde er als Kind durch bäuerliche Kulturlandschaft geprägt. Nach dramatischer Flucht gelangte er 1945 nach Biesenthal in Brandenburg und kam 1952 zum Studium nach Greifswald. Seine Diplomarbeit über die Pflanzengesellschaften der Feldberger Seen und seine Doktorarbeit über die Vegetation der Stubnitz gehören zu den klassischen Werken der Vegetationskunde in Ostdeutschland. Er hat über die Landschaftsgeschichte von Rügen und über Deutschlands Moore geforscht, hat alte Wälder vor Axt und Säge gerettet und auf Reisen in die Welt ein tiefes Verständnis für die Biosphäre entwickelt. Von 1957 bis 1990 war er als Wissenschaftler am Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz, ILN, in Greifswald tätig, hat neue Naturschutzgebiete vorgeschlagen und bearbeitet, Naturschutzhelfer angeleitet, Vorträge gehalten, den Zentralen Fachausschuss Botanik des Kulturbundes geleitet. 1990 hat er im DDR-Umweltministerium maßgeblich am Nationalparkprogramm mitgewirkt und die Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm mit aus der Taufe gehoben. 1991 wurde er als Direktor des neu gegründeten Landesnationalparkamtes Mecklenburg-Vorpommern berufen. Hier war er für den Aufbau der Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke des Landes verantwortlich. Unserer Zeitschrift war er über viele Jahre auch als Autor verbunden. Seit Gründung der Michael Succow Stiftung 1999 engagierte er sich im Stiftungsrat, ab 2003 als Ehrenmitglied. Er wurde mit dem Verdienstorden das Landes Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet und hat weitere Ehrungen erhalten. Familie, Freunde und Weggefährten trauern um eine große Persönlichkeit, eine Lichtgestalt des Naturschutzes in Deutschland. *Hans D. Knapp*

DEUTSCHLAND

Störungsregime in Waldschutzgebieten

Wälder, die sich natürlich entwickeln, führen nicht zu einer Zunahme von Störungen wie Borkenkäferbefall, Windwurf oder Dürre. Das belegt eine aktuelle Studie, die Forschende der Technischen Universität München, TUM, im Wissenschaftsmagazin *Journal of Applied Ecology* veröffentlicht haben. „Die vermutete Zunahme natürlicher Störungen wird jedoch oft als Argument gegen die Schaffung neuer Waldreservate angeführt. Groß angelegte Studien zum Störungsregime in Waldschutzgebieten im Vergleich zu bewirtschafteten Wäldern fehlten jedoch bisher", so die Erstautorin der Arbeit Kirsten Krüger von der TUM. „Unsere zentrale Forschungsfrage lautete: Sind Wälder ohne Bewirtschaftung stärker von Störungen durch Wind, Borkenkäfer und Dürre betroffen als aktiv bewirtschaftete Wälder?", erläutert Prof. Rupert Seidl, Forschungsleiter im Nationalpark Berchtesgaden und Leiter des Lehrstuhls für Ökosystemdynamik und Waldmanagement an der TUM, der die Studie leitete. Fazit: „Für Deutschland lautet die Antwort eindeutig: Nein. →

Borkenkäfereinfluss im Schutzgebiet. (Foto: Rupert Seidl)

[…] Auf Basis von Satellitendaten für die Jahre 1986 bis 2020 konnten wir nachweisen, dass nutzungsfreie Waldschutzgebiete durchschnittlich eine um 22 Prozent geringere Störungsrate und eine um 32 Prozent geringere Störungsstärke aufwiesen als vergleichbare, aktiv bewirtschaftete Wälder. Der Unterschied zwischen Waldreservaten und Wirtschaftswäldern war dabei vor allem in Jahren mit extremen Stürmen oder Dürren stark ausgeprägt."

→ www.wildnisindeutschland.de

Koalitionsvertrag: Ausverkauf der Natur

Der mit *Verantwortung für Deutschland* überschriebene Koalitionsvertrag der Bundesregierung von CDU, CSU und SPD umfasst 144 Seiten. Grundton ist eine grundsätzliche Überarbeitung von Planungs-, Bau-, Umwelt- und Verfahrensrecht. 86-mal ist, zumeist in diesem Zusammenhang, von beschleunigen, vereinfachen, flexibilisieren und reduzieren die Rede. Wo EU-Vorschriften der Regierung Grenzen setzen, will sie eine europäische Beschleunigungsinitiative starten. Die Klagerechte der anerkannten Naturschutzvereinigungen sollen eingeschränkt, zugleich aber für mehr Anerkennung gemeinnütziger Organisationen und des Ehrenamts gesorgt werden.

29 von 4.588 Zeilen gelten dem Naturschutz. Das Artensterben bleibt unerwähnt. Das Wort Naturschutz findet zehnmal und damit so oft Erwähnung wie die Raumfahrt. Das geschieht zumeist in Absichtsbekundungen wie „Wir unterstützen kooperative Modelle für Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutz". Eine Verankerung von Betreiberpflichten für die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung, um den Biodiversitätsniedergang wenigstens aufzuhalten, ist nicht geplant. Stattdessen setzt die Regierung auf Freiwilligkeit der Unternehmen.

Eine andere Aussage zielt auf die Verpflichtung zur Reparatur der Folgen zwar nicht sämtlicher Eingriffe in Natur und Landschaft, aber solcher zum „Klima- und Umweltschutz sowie zur Klimaanpassung". Für diese Vorhaben wollen die Koalitionäre „die Notwendigkeit des naturschutzrechtlichen Ausgleichs reduzieren". Zu diesen Eingriffen darf man mindestens den Zu- und Ausbau von Wind- und Solarparks, Pumpspeicherbecken, Wasserkraftanlagen, Gaskraftwerken, Stromleitungen und Energiespeichern rechnen.

Ulrike Fokken kommentierte diese Ankündigung in der taz „unter Klimaschutz und Anpassung wird in Deutschland in Zukunft alles fallen" und prognostizierte einen heillosen und ausgleichsfreien Verbrauch an Natur und Landschaft im Namen des Klimaschutzes. Wer eine Fabrik in die Landschaft setzt, muss die Schäden kompensieren, doch nicht mehr vollumfänglich, wenn darin Fahrräder oder E-Autos produziert werden, weil Letztere gut sind, so die Logik der Vertragspartner. Als wäre die Zerstörung von Natur und Landschaft nicht dieselbe.

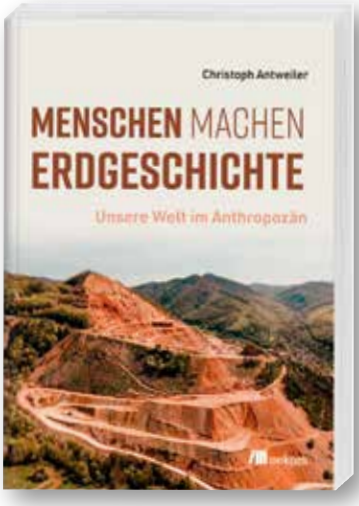
Dem Bau von Wind- und Solarparks setzt die Koalition keine Grenzen; begrenzen will sie nur die Höhe der Pachten für die Grundeigentümer von Solar- und Windparks, deren märchenhafte Höhen zur Kostensteigerung bei den erneuerbaren Energien beitragen. Für die Energieerzeugung will die Regierung selbst kleine Fließgewässer in Anspruch nehmen. Der neuen Regierung steht für die Durchsetzung ihrer Pläne ein Milliarden Euro schweres Sondervermögen an Schulden zur Verfügung für Dinge, die zuvor unbezahlbar waren.

Die Regierung plant zudem die weitere Absenkung des Artenschutzrechts für Infrastrukturvorhaben, wenn nicht insgesamt fürs Bauen. Denn das verbirgt sich hinter dem sperrigen Vertragsdiktum eines „bundeseinheitlichen Populationsansatzes im Artenschutz": die Abkehr vom Schutz des Individuums und die Beachtung nur populationsgefährdender Schädigungen.

Wir sind das Anthropozän

Durch unseren Rohstoffverbrauch und Konsum formen wir Menschen im Anthropozän die Erdgeschichte. Christoph Antweiler zeigt fundiert, warum das Anthropozän eine neue, geerdete Politik erfordert und weshalb gängige Nachhaltigkeitskonzepte zu kurz greifen.

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de



C. Antweiler
Menschen machen Erdgeschichte
786 Seiten, Broschur, 48 Euro
ISBN 978-3-98726-140-4
Auch als eBook erhältlich

oekom
Die guten Seiten der Zukunft

Windenergieanlagen-Schrott. (Foto: Eilert Voß)

Windenergieanlagen-Schrott

In Deutschland stehen derzeit über 30.000 Windenergieanlagen. Das durchschnittliche Alter beträgt nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie 15,2 Jahre. Verschleiß und Repowering führen dazu, dass in den nächsten Jahren Zehntausende glasfaserverstärkte Rotorteile nach und nach abgebaut, zerlegt und entsorgt werden müssen. Das Bundesumweltamt schätzt, dass bis 2040 bis zu 430.000 Tonnen solcher Abfälle anfallen werden. Der enorme Kunststoffanteil stellt ein großes Problem für die Entsorgung dar. Die tonnenschweren Fundamente aus Stahl und Beton verbleiben oft an Ort und Stelle. Viele Behörden begnügen sich mit einem oberflächennahen, das heißt nur 1,5 Meter tiefen Abbau.

Von einem Recycling der Anlagen kann bisher nicht die Rede sein, denn aus dem Material werden keine neuen Windenergieanlagen gebaut. Wiederverwendet werden bestenfalls seltene Erden oder Metalle. Der weitaus überwiegende Teil wird für minderwertige Zwecke verwendet oder „thermisch verwertet", also verbrannt. Dubiose Abrissmethoden wie Sprengungen belasten die Umwelt. Oft werden die Rotorblätter vor Ort unsachgemäß zersägt. Dadurch gelangen umweltbelastende Stoffe in Böden und Grundwasser. Auf diesem Gebiet ist mit schwerwiegenden Zuwiderhandlungen gegen das Umweltrecht zu rechnen. Vom Wattenrat Ostfriesland befragte Landkreise konnten auf Nachfrage keine Angaben über den Verbleib der in ihren Landkreisen abgebauten Anlagen machen. Erst kürzlich war ein Fall illegaler Entsorgung von Windenergieanlagen einer deutschen Recyclingfirma in Tschechien bekannt geworden. Der Wattenrat Ostfriesland fordert vom Gesetzgeber klare Entsorgungsvorgaben für die Windenergiebranche.

→ www.wattenrat.de

50 Jahre BUND

Am 20. Juli 2025 ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND, 50 Jahre alt geworden. Eine Präsentation fasst aus diesem Anlass die Stationen der Arbeit des Verbandes zusammen. Die Dokumentation richtet den Blick auf fünf zentrale Aktionsschwerpunkte des BUND: den Atomausstieg, das Grüne Band, die Bemühungen um ein zukunftsfähiges Deutschland, den Artenschutz und den Kohleausstieg. Die Präsentation kann unter https://bund.pageflow.io/50-Jahre-BUND eingesehen werden.

Der Verein wurde am 20. Juli 1975 als „Bund Natur und Umweltschutz Deutschland e. V." von 21 Naturschützern unter maßgeblicher Mithilfe des Bundes Naturschutz in Bayern in Marktheidenfeld gegründet. 1977 erfolgte die Umbenennung des Vereins in den heutigen Namen. Die Zeitschrift *Nationalpark* gratuliert zu einem halben Jahrhundert.

BAYERN

Starkes Zeichen für die Salzach

Der BUND Naturschutz hat der Regierung im Mai 2025 rund 17.000 Unterschriften für den Schutz der Salzach übergeben. Die Unterzeichner fordern, die Salzach als frei fließenden Fluss ohne Wasserkraftwerk zu erhalten.

Die Salzach fließt von Salzburg bis zu ihrer Mündung in den Inn über eine Strecke von mehr als 60 Kilometern ohne Stauwehre und ist damit einzigartig in Bayern. →

An der Salzach soll auf Höhe des Tittmoninger Beckens ein Wasserkraftwerk entstehen. (Foto: Gerhard Merches)

Wildnis ist überall

Wildnis ist überall – verborgen, doch niemals verschwunden. Während wir Städte bauen, behaupten Tiere ihren Raum: Füchse durchstreifen Gärten, Krähen beobachten uns von oben. Doch wem gehört dieser Lebensraum? Burkhard Friedrich lädt ein zu einem Perspektivenwechsel – klug, tiefgründig, radikal.

B. Friedrich
Dicht besiedelt

252 Seiten, Broschur, 29 Euro
ISBN 978-3-98726-162-6
Auch als eBook erhältlich

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de.

oekom
Die guten Seiten der Zukunft

Zwar wurde der Fluss im 19. Jahrhundert begradigt und eingedeicht, aber bislang blieb er von Staustufen verschont. Zusammen mit seinen Auen bildet er eine der letzten intakten Lebensraum-Achsen zwischen Alpen und Donauraum – Heimat seltener Tiere und Pflanzen und ein Schutzgebiet von höchstem europäischem Rang. Auf österreichischer Seite liegt der Naturpark Salzachauen, wo das Flussbett und die Aue schon seit einigen Jahren saniert werden. Auch in Bayern wurde begonnen, die Ufer naturnah aufzuweiten, damit artgerechte Lebensräume für Flora und Fauna entstehen. Dennoch gibt es Pläne für ein Wasserkraftwerk im Tittmoninger Becken – mitten im Schutzgebiet. Per Kabinettsbeschluss hat sich die Bayerische Staatsregierung im Dezember 2022 für den Kraftwerksplan ausgesprochen und staatliche Subventionen von 20 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Das angeblich „ökologisch harmlose“ Kraftwerk würde das Ende für eine naturnahe Weiterentwicklung der Salzach bedeuten.

→ www.bund-naturschutz.de

Eulen im Nationalpark Bayerischer Wald

Im Leben der meisten heimischen Eulenarten dreht sich alles um die Maus. Im Frühjahr 2025 gab es viele Mäuse im Nationalpark Bayerischer Wald. Diesem Umstand verdanken sich die diesjährigen Bruterfolge. Beringt werden konnten fünf Habichtskäuze und 13 Waldkäuze. Im Vorjahr waren es nur zwei Habichtskäuze und drei Waldkäuze. Außerdem kam es zu drei Bruten der Waldohreule.

Die Beringung lieferte in diesem Jahr schon zweimal wertvolle Informationen, wie Forschungschef Jörg Müller berichtet. „Wir konnten heuer zwei Habichtskauz-Weibchen wiederfangen und anhand der Ringe ihre Herkunft ablesen.“ Eines davon ist vor 16 Jahren im Nürnberger Zoo geschlüpft, wurde im gleichen Jahr ausgewildert und lebt nun in der Gegend von Neuschönau. „Das zweite Weibchen ist acht Jahre und wurde von uns selbst in der Nähe des Tier-Freigeländes bei Altschönau beringt.“ Nun brütet es nahe der Racheldiensthütte. „Das zeigt uns, dass sich die Vögel im Schutzgebiet wohlfühlen und durch die Philosophie *Natur Natur sein lassen* ideale Lebensräume mit Totholzstümpfen und Baumhöhlen entstehen.“ Dass die Käuze immer häufiger in Bäumen und Stümpfen brüten, mache das Monitoring schwieriger. Aber so solle sich die Natur ja entwickeln.

→ www.nationalpark-bayerischer-wald.bayern.de

Bei der Beringung der Waldkäuze war auch Nationalparkleiterin Ursula Schuster dabei und assistierte Vogelberinger Helmut Hackl (re.) und Forstwirt-Azubi Valentin Sterr. (Foto: Gregor Wolf/NPBW)

KORREKTUR

Der Bildautor des Rotmilanfotos auf Seite 25 in Heft 2/2025 ist Thomas Krumenacker. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

NIEDERSACHSEN

Fischereidialog im Küstenmeer

Die Küstenfischerei ist ein kleiner Wirtschaftszweig an der niedersächsischen Nordseeküste. 140 Kutter sind dort auf Garnelen, Miesmuscheln und Fische aus, und in 17 Häfen rund 140 Fischereifahr-

zeuge registriert, davon 100 Krabbenkutter. In den letzten Jahren landeten die Kutter durchschnittlich 14.800 Tonnen Garnelen, Muscheln und Fische an. Die niedersächsische Küstenfischerei erwirtschaftet eine Wertschöpfung von insgesamt knapp 20 Millionen Euro und erstreckt sich auch auf den Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer.

Jetzt, fast 40 Jahre nach der Gründung dieses Nationalparks, hat ein „Fischereidialog“ mit Teilnehmern aus Fischereiwirtschaft, Umweltverbänden, Wissenschaft, Behörden und Kommunen begonnen. Hintergrund ist die Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union, die bis 2030 eine tatsächliche und nicht nur deklaratorische Unterschutzstellung von 30 Prozent der deutschen Meeresfläche sowohl in der Wirtschaftszone als auch im Küstenmeer verlangt.

Der Wattenrat Ostfriesland beklagt seit Jahrzehnten den Einsatz von Grundschleppnetzen, die damit verbundene Zerstörung von Sandkorallenriffen und Seegraswiesen sowie die enormen Mengen Beifang der Krabbenfischerei. Auf ein Kilogramm gefangener Krabben kommen etwa acht Kilogramm Beifang und das in der sogenannten „Kinderstube“ der Fische, als welche das Wattenmeer gilt. Von Überfischung spräche dort aus politischer Rücksichtnahme niemand, stattdessen würden ökologische Verschlechterungen pauschal, aber unbelegt „dem Klimawandel“ angelastet, beklagt der Wattenrat Ostfriesland und hofft auf die Einrichtung längst überfälliger fischereifreier Zonen.

→ www.wattenrat.de

SCHWEDEN

Schweden schafft 31. Nationalpark

Nach vier Jahren Planung bekommt Schweden seinen 31. Nationalpark – und den zweiten mit Fokus auf marine Ökosysteme. Nach dem im nördlichen Kattegat liegenden, 2009 gegründeten Nationalpark Kosterhavet stimmte der Reichstag am 17. Juni 2025 für die Ausweisung des Nationalparks Nämdöskärgården (siehe auch *Nationalpark* 189, 3/2020) in der Ostsee vor den Toren der Hauptstadt Stockholm. Das 25.800 Hektar große Gebiet besteht nur zu drei Prozent aus Landflächen, aufgeteilt auf rund 1.300 Inseln, und ist Heimat von Seehunden und Seeadlern, beherbergt große Miesmuschelbänke sowie ausgedehnte Bestände von Armleuchteralgen. Es umfasst die Naturreservate Bullerö – hier wird der Haupteingang eingerichtet – und Långviksskär zuzüglich der östlich davon liegenden freien Wasserflächen; die Naturreservate Långskär und Biskopsö wurden entgegen der ersten Planung nicht in das neue Schutzgebiet eingebunden. Die Eröffnung wird vom 30. August bis 7. September gefeiert. Derweil dauern die 2019 begonnenen Arbeiten am geplanten Nationalpark Bästeträsk (siehe *Nationalpark* 185, 3/2019) im Norden der Ostseeinsel Gotland an.

POLEN

Verwaltungsgericht: Oder-Ausbau gestoppt

Das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts der Republik Polen, das die Genehmigung des Oder-Ausbaus aufhebt, ist rechtskräftig – gegen die Entscheidung können keine Rechtsmittel mehr eingelegt werden. Der Beschluss geht auf eine jahrelange Klage zurück, welche die Umweltorganisationen DNR, NABU und BUND Brandenburg für das *Aktionsbündnis lebendige Oder* geführt haben. Bereits im Eilverfahren hatten die Umweltorganisationen einen Baustopp gegen den Ausbau der Oder aufgrund zahlreicher Verstöße gegen das Umweltrecht der EU erwirkt. Das Aktionsbündnis erwartet, dass nun zeitnah konkrete Vorschläge für einen Rückbau der Wasserbauwerke oder für ökologische Kompensationsmaßnahmen erarbeitet werden.

Die Bestätigung des Urteils ist ein deutliches Signal an die deutsche Bundesregierung, die am geplanten Ausbau der Oder festhält und bis Ende 2025 eine Strategische Umweltprüfung für die Stromregelungskonzeption der Grenz-Oder durchführen will.

→ www.dnr.de

Blick in den neuen Nationalpark Nämdöskårgarden. (Foto: Claes Grundsten)